

Laibacher Zeitung.



Nr. 51. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 3. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: einmal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst je Zeile 1m. 8 kr., 2m. 9 kr., 3m. 12 kr. u. s. w. Insertionsstempel jebeim. 50 kr.

1873.

Ämtlicher Theil.

S. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Februar d. J. die Landesgerichtsräthe Johann Kaprek in Laibach und Johann Schmidmayer in Graz zu Oberlandesgerichtsräthen, ersteren bei dem Landesgerichte in Laibach, letzteren bei dem Oberlandesgerichte in Graz allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Ferdinand Freih. v. Wuffin, Joseph Freih. v. Reznicek, Ad. Ritter v. Parmentier, Dr. Hermann Rößler, Joseph Stummer Ritter v. Traunsfels, M. Kaufmann und Dr. Karl Schierl Ritter von Moorburg die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichische Actiengesellschaft für Heeresausrüstung“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Springer und Aub die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Wiener Stadt- und Vorort-Baugesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Wahlreform und Galizien.

Der „B. V.“ widmet der demonstrativen Action der Polen in der Wahlreformfrage an leitender Stelle einen beachtenswerthen Artikel, den wir hier nachfolgen lassen: „Die Verhandlungen mit den Polen sind gescheitert und zum zweitenmale vollzieht sich das unerquickliche Schauspiel eines parlamentarischen Massenstrikes. Die That in Oesterreich nur unangenehm berühren. Das Bedürfnis der inneren Friedens ist in dem Jahre, seit welchem die Verfassungspartei die politische Herrschaft in Oesterreich ausübt, sicher kein geringeres geworden, und es ist objectiv eine bedauerliche Erscheinung, wenn sich der Beunruhigung dieses Bedürfnisses immer wieder neue und solchen Augenblicken darfst wohl der Versuch gemacht werden, die Frage nach der Verantwortung aufzuwerfen, die und das Ausmaß der Schuld, welche dem einen oder anderen Theile zufällt, festzustellen.“

Das Ministerium Auerberg ist mit dem aufrichtigen Wunsche in die Leitung der Geschäfte eingetreten, eine Verständigung mit den Polen herbeizuführen. Die Thronrede sicherte ausdrücklich die Bereitwilligkeit der Regierung zu, den „im Schoße der Reichsvertretung“ geltend gemachten Wünschen der Polen innerhalb der Grenzen der Einheit und Macht des Gesamtstaates gerecht zu werden und diese Angelegenheit zum endgiltigen Abschlusse zu bringen. Kein späteres Ereignis hat diese Bereitwilligkeit modificiert. Obwohl in den Besitz des Reichswahlgesetzes gekommen, obwohl nicht unmittelbar von bedroht, hat die Regierung keineswegs daran gedacht, sich von ihrem Worte loszusagen und billige, berücksichtigende Formen der Behandlung der galizischen Frage denken lassen, jedes einzelne Stadium der Verhandlung, insbesondere die Beratung des sogenannten Ausgleichsbelates des Ministeriums und von einer durch keinen Zwischenfall zu erschütternden Mäßigung und Ruhe Zeugnis gehend. Ein so kräftiges politisches Mittel, wie das der Heranziehung des ruthenischen Elementes zur Beugung eines ganz ungerechtfertigten und sich in zahllose Widersprüche verlierenden Widerstandes, ist nicht einmal angepolnischen Volkes verkehrt, niemals die Rücksicht bei Seite gelassen, die man seiner besonderen Stellung, seinen Traditionen, seiner Rechtsauffassung schuldig zu sein glaubte. Die Geschichte dieser Ausgleichsversuche ist eine Geschichte gegenständlicher Nachgiebigkeit und gegenständlichen Entgegenkommens, wie ihr nicht leicht eine zweite an die Seite gesetzt werden könnte.

In der That hatte es eine zeitlang den Anschein, als ob diese Haltung der Regierung nicht ohne eine gewisse Rückwirkung auf die polnischen Reichsrathsabge-

ordneten bleiben sollte. Man durfte sich dem Glauben hingeben, daß die Thätigkeit des Grafen Soluchowski, eines Vermittlers, der kaum des Mangels an Sympathien für die polnische Sache beschuldigt werden konnte, zu einem besonnenen und weiseren Schritte führen werde, als zu dem der Secession. Wenn die stürmischen Elemente im polnischen Klub die Oberhand behalten, wenn alle gemäßigteren Vorschläge von der Hand gewiesen würden, so haben sich die Polen damit selbst ins Unrecht gesetzt, und sie sind es, welche die nothwendigen Konsequenzen dieses Unrechts tragen müssen.

Die Thronrede hat die Grenzen der Galizien zu gewährenden Concessionen festgesetzt. Man ist nur berechtigt, wenn man anerkennt, daß sich die Polen den Forderungen nie verschlossen haben, welche vom Standpunkte der Machtfragen des Gesamtstaates an sie gestellt wurden. Jede Delegation hat Zeugnis dafür gegeben, daß sie mit Opferwilligkeit für diese Forderungen eingetreten sind. Aber Patrioten im Sinne der Macht des Staates sind sie — nicht Patrioten im Sinne seiner Einheit. Ihr Standpunkt ist kein österreicher, ihre Politik schlägt besondere Wege ein. Zu den Verwirrungen der inneren Lage, zur Fortsetzung des staatsrechtlichen Haders, zur Verschärfung der bestehenden Gegensätze haben sie ihr reichliches Theil beigetragen. Wenn sie nicht offen gegen die Verfassung aufgetreten sind, so haben sie sie doch nicht ohne Vorbehalte und Reserven acceptiert. Sie haben von ihren Rechten Gebrauch gemacht, aber sie waren nicht immer geneigt, sich auch ihren Pflichten zu unterwerfen. Das Verhältnis, welches sie zur Frage der Wahlreform eingenommen haben, beweist, daß sie die Thatfachen der Verfassung keineswegs als Rechtsthatsachen, sondern nur als Verhandlungsgegenstände, gewissermaßen als staatsrechtliche Tauschobjecte für die Ansprüche ihrer eigenen Politik anerkennen.

Gerade in dem Punkte der Wahlreform konnte aber weitere Nachgiebigkeit von Seite der Regierung nicht erwartet werden. So bindend ihre Zusicherungen in betreff der polnischen Frage waren, weit bindender und von ungleich prinzipiellerer Bedeutung ist ihr Reformprogramm. Mit diesem Programm verknüpft sich die politische Bedeutung des Ministeriums nicht nur, sondern auch seine politische Berechtigung. Es würde sich selbst aufgeben, es müßte von seiner Partei aufgegeben werden, wenn es die Selbstcontumacierung der Polen nur einen Augenblick lang in der Durchführung der Hauptsache wankend machen könnte. Die Wahlreform wird ungeachtet dieser Selbstcontumacierung keine Verzögerung erleiden. Eritt sie in den Kreis der vollbrachten politischen Thatfachen, so wird damit auch mehr als eine der Schwierigkeiten wegfallen, welche man jetzt als unlösbar anzusehen sich genöthigt glaubt. Gewissen Parteien imponiert nur die reale Lösung, nur das fait accompli. Hat man einmal alle diese Fragen von der Bahn abgebrängt, auf welcher sie zunächst ihre Entscheidung hätten finden müssen, glaubt man Fragen, über welche eine friedliche und lokale Verständigung möglich war, mit dem ganzen Apparate eines großen politischen Meinungsstreites und Machtkampfes auszustatten zu müssen, so kann man sich nicht wundern, wenn die Verfassungspartei auch die daraus sich ergebenden Konsequenzen acceptiert. Sie wird ihre Ziele ruhig und besonnen zu verfolgen haben, ohne Rücksicht auf eine Opposition, die sie bedauern mag, zu der sie aber keine Veranlassung gegeben hat und die zu ignorieren jetzt allerdings in ihrer Macht liegt. Ist die Wahlreform zu Ende gebracht, so werden sich wohl auch wieder die Anknüpfungspunkte für eine Verständigung finden lassen, welche der gemäßigte Theil der Partei und die österreichische Regierung gewiß nicht zurückweisen werden, wenn auch die bisherige Haltung der Polen zu einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung mahnen muß.

Zur Erledigung der Eisenbahnvorlagen.

In Nummer 9 der „Finanziellen Blätter“ wird der Ansicht beigetreten: daß die Erledigung volkswirtschaftlicher Vorlagen dem aus directer Wahl hervorgegangenen beziehungsweise dem künftigen Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes überlassen werden solle. Das genannte, national-ökonomische Interessen behandelnde Organ sagt:

„Zwar schüchtern und verschämt, aber doch für jedermann deutlich erkennbar, wird unsere in der vorigen Nummer ausgesprochene Ansicht, daß das gegenwärtige Abgeordnetenhaus sich einzig und allein nur noch mit der Wahlreformfrage beschäftigen, dagegen alle volkswirth-

schaftlichen Vorlagen dem künftigen aus directen Wahlen hervorgehenden Parlamente zur Berathung überlassen solle, fast allseitig acceptiert. Es besteht nur noch darin eine Divergenz der Anschauungen, ob auch die bereits eingebrachten Eisenbahngesetzentwürfe zurückzuziehen oder ob nur neue wirtschaftlichen Vorlagen, wie z. B. die Steuerreformgesetze, an den jetzt bestehenden Reichsrath gelangen sollen. Die Regierung will, so sagen uns die mit derselben in intimer Verbindung stehenden Organe, sich in letzterer Hinsicht Enthaltensamkeit auferlegen, gedenkt aber nach wie vor die Eisenbahnvorlagen noch in dieser Saison durchzubringen. Wir wissen natürlich nicht, was die Regierung zu thun gesonnen ist; für den Fall aber, daß sie selber fühlte, wie wenig geziemend es ist, daß ein der Auflösung nahes Abgeordnetenhause Gesetzentwürfe annehme, die dem Staate ungeheure finanzielle Opfer auferlegen müssen, würde es ihr auch gewiß nicht schwer werden, sich von ihren Freunden im Abgeordnetenhause um Zurückziehung der Eisenbahnprojecte ersuchen zu lassen, um so das Decorum zu retten. Daß in einzelnen Abgeordnetenkreisen bereits starke Bedenken in dieser Beziehung zu walten beginnen, kann man aus den Anträgen entnehmen, die bezüglich der Predil- und arlberger Bahn im Eisenbahnausschusse gestellt worden sind, Anträge, die auf S i t i e r u n g der gegenwärtigen Berathung über diese Bahnen hindeuten. Es wäre in der That eigenhümlich, wenn gerade die technisch schwierigsten und voraussichtlich schlechtesten rentirenden Bahnen in Oesterreich, wie die Predil-, die arlberger, die galizischen, dalmatinischen und istrischen Bahnen von einem Parlamente votiert werden würden, welches nur noch wenige Wochen in seiner jetzigen Zusammensetzung versammelt bleibt und welches in seiner Majorität seit Jahren anstrebt, einem neuen Abgeordnetenhause Platz zu machen. Dieses selbe Abgeordnetenhause, welches bei seinem Drängen nach Einführung der Wahlreform sich doch von dem Gedanken hat leiten lassen müssen, daß nur eine directe Volksvertretung auch eine wahre Vertretung der volkswirtschaftlichen Interessen sei, würde es sich nun nicht mit seiner eigenen Meinung in offenen Widerspruch setzen, wenn es die zufällige Gewalt, die es noch momentan besitzt, dazu benützen wollte, um Eisenbahnen mit den Herstellungskosten von 200 Millionen zu votieren, für die der Staat durch eine lange Reihe von Jahren den größten Theil der Betriebskosten und die Zinsengarantie zu leisten hätte?

Und wenn noch die in Berathung stehenden Eisenbahnen in Bezug auf ihre Zweckmäßigkeit so über jeden Zweifel erhaben wären, daß ihre Ausführung als ein vom ganzen Abgeordnetenhause erkanntes Postulat gelten dürfte, wenn die volkswirtschaftliche Bedeutung jeder einzelnen Trace von keiner Seite, weder innerhalb noch außerhalb des Parlamentes irgendwie bestritten würde, dann ließe sich es immerhin einigermaßen rechtfertigen, wenn der gegenwärtige Reichsrath, seinem eigenen und des Volkes klar ausgesprochenen Willen nachgebend, noch kurz vor dem Ende seiner Thätigkeit die beantragten Eisenbahnlinien bewilligen würde. Gerade das Gegentheil einer solchen Voraussetzung ist aber hier vorhanden. Die Predilbahn hat auch in Abgeordnetenkreisen mit Recht zahlreiche Gegner; die Herstellung dieser Linie kann aber umföweniger votiert werden, als das Lacker Consortium die Linie Triest-Prävald-Las ohne staatliche Garantie zu bauen sich bereit erklärt hat; solchem Anerbieten gegenüber wäre es überaus leichtsinnig gehandelt, wenn dieses Abgeordnetenhause trotzdem dem Staate ein Opfer für eine Eisenbahnlinie auferlegen würde, die eines solchen Opfers nicht zweifellos werth ist. Ist es etwa mit der arlberger Bahn besser beschaffen? Wenn im ersten Theile der Session diese Eisenbahnvorlage zurückgewiesen wurde, weil nicht nur ihre Durchführbarkeit überhaupt, sondern auch ihre volkswirtschaftliche Bedeutung lebhaft bestritten wurde, sollten seitdem alle darauf bezüglichen Verhältnisse sich in ihr Gegentheil verkehrt haben? Ist heute unwiderleglich gut, was noch gestern und vorgestern als nutzlos und verwerflich erkannt wurde? Und was endlich die galizischen Bahnen betrifft, so zeigen wir an anderer Stelle unseres Blattes die eigentlichen Motive, welche für diese parlamentarische Hatz Jagd geltend gemacht werden. Die angeführten Eisenbahnen involvieren aber außerdem dadurch, daß ihr Bau, wie bei der Predil- und arlberger Bahn, zu den schwersten Aufgaben der Technik gehören dürfte, die Frage, ob nicht der Staat selbst diese Bauten, zu welchen sich die Privatindustrie ohnehin nur bei ganz abnormen Zinsengarantien verstehen würde, selbst zu übernehmen habe. Da eben in Deutschland und

England das Prinzip der Staatsbahnen mit dem der Privatbahnen einen harten Strauß kämpft, welcher keineswegs zugunsten der letzteren sich zu neigen scheint, so ist es wohl auch in Oesterreich an der Zeit, sich neuerdings mit diesem Gegenstande eingehend zu beschäftigen. Wir wollen uns hiemit keineswegs zu Vorkämpfern des Prinzips der Staatsbahnen, und zwar für alle Fälle, aufwerfen, aber gewiß ist, daß dieses Prinzip, wenn je, so bei der Verathung über Gebirgsbahnen ersten Ranges im Reichsrathe zur Sprache gelangen muß. Einen solchen Prinzipienkampf auszuschicken, eine der eminent wichtigsten ökonomischen Fragen der Gegenwart zu behandeln, dazu hat das Abgeordnetenhaus, wenn wir von allen anderen Motiven absehen wollen, jedenfalls keine Zeit mehr. Dies allein genügt, um dringend von einer weiteren Behandlung der Bahnvorlagen abzuhalten zu müssen."

Aus dem ungarischen Reichstage.

In der am 27. v. M. stattgefundenen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über das Budget des Kultus- und Unterrichtsministeriums beendet.

Demeter Bonis plaidiert für Aufrechterhaltung der confessionellen Schulen unter strenger Aufsicht der Regierung und für Verleihung der Befugnis an die Confessionen, etwaige zweckmäßige Verordnungen durch die Administrativbehörden durchzuführen zu lassen.

Sorotzay Mitetics bringt einen Antrag auf Entsendung einer Reuner-Commission ein, welche alle auf den serbischen Nationalcongreß bezüglichen Angelegenheiten untersuchen und darüber berichten soll, ob das Vorgehen der Regierung gegen die Congresse von 1870 bis 1872 und die Entsendung des königlichen Commissärs zweckmäßig gewesen.

Baron Michael Keményi urgirt die Revision des Schulgesetzes.

Alexander Esikly wünscht die Aufhebung des Cölibates und daß die ungarische katholische Kirche vom Papste unabhängig gemacht werde.

Es sprechen noch Zivkovics, Madarasz, Franki und Trefort, der über die Kultusangelegenheiten später Aufklärung zu geben verspricht.

Das Haus nahm mit 61 gegen 39 Stimmen Franki's Antrag an, wonach die Regierung angewiesen wird, ehestens Gesetzentwürfe über Religionsfreiheit und Einführung der Civilehe vorzulegen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über das Eisenbahn-, Wasser- und Steinstraßennetz wird demnächst die Thätigkeit des ungarischen Reichstages in Anspruch nehmen.

Nach den Informationen des „Vesti Naplo" wird in den beiden Gesetzentwürfen, welche sich auf diesen Gegenstand beziehen, namentlich auf die sogenannten Staats- und Landcaufsees und im allgemeinen darauf das Hauptgewicht gelegt, daß die gesammten Landes- und Local-Communicationspläne mit den bereits bestehenden Eisenbahnlinien und Wasserstraßen in Einklang gebracht und so ausgeführt werden, daß künftighin jeder Schritt, welchen das Land durch die Municipien zur Erhaltung oder Herstellung der Straßen thut, planmäßig, den allgemeinen Communications-Interessen entsprechend gemacht werde.

Es werden daher in den Gesetzentwürfen festgestellt: 1. die Staats-, 2. die Provinzial-Hauptcommunicationslinien, 3. die Richtungen, welche dazu dienen, daß die Zufahrt zu den Hauptlinien möglichst leicht und befriedigend sei. Natürlich bilden bei der Anfertigung des Planes die durch die hauptstädtischen und Provinzial-Handelsinteressen, durch die Eisenbahn- und Wasserlinien festgestellten Richtungen die Basis.

Der zweite Haupttheil der Entwürfe geht dahin, wie die neu aufzuführenden Straßen zu bauen seien, wie diese und die bereits bestehenden zu erhalten seien. Zur Erreichung dieses Zieles würde das gesammte Landes-Territorium womöglich nach Municipien, wo dies nicht angeht, den Verkehrs-Interessen entsprechend in Bezirke eingetheilt werden, welche auf gewisse, durch die Municipien festzustellende Art zum Bau und zur Erhaltung der Straßen beitragen müßten.

Die dritte Frage wäre: Wie könnte man die zur Durchführung dieses Planes notwendigen Geldsummen beschaffen? Diesbezüglich ist es gewiß, daß die Regierung mit dem bisherigen Systeme, nach welchem der größte Theil der Last auf die ackerbauende Klasse fällt, brechen wird. Ob aber das nöthige Geld durch Steuerzuschläge allein hereinzubringen sei, oder ob auch Naturaldienste in Anspruch genommen werden sollen, ob die Leitung der ganzen Angelegenheit durch den Staat betrieben, ob sie den Municipien überlassen oder zwischen Staat und Municipien getheilt werden soll, das sind Fragen, welche noch nicht definitiv entschieden sind.

Zur Action in Preußen.

Das preußische Abgeordnetenhaus nahm in seiner Sitzung vom 27. d. die zweite Verathung der Gesetzentwürfe betreffs der durch die neuen Kirchengesetz-Vorlagen herbeigeführten Abänderung der Artikel XV und XVIII der preußischen Verfassung vor, welche verfassungsmäßig in einem einundzwanzigtägigen Zwischenraum einer zweimaligen Verathung unterliegt. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung mit einer ungleich größeren Majorität als bei der ersten Verathung angenommen.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 24. v. M., durch welche der Absatz 2 des Artikels 28 der Reichsverfassung aufgehoben wird, der bestimmt, daß bei den Beschlußfassungen über eine Angelegenheit, welche nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, die Stimmen nur derjenigen Mitglieder gezählt werden sollen, die in den Bundesstaaten gewählt sind, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

Die Specialcommission zur Untersuchung der Eisenbahnconcessionsfragen trat am 27. v. M. im preußischen Staatsministerium zusammen. Der „Schles. Ztg." wird aus Berlin unterm 24. Februar geschrieben: „Die Mitglieder der Commission haben in diesen Tagen dem Präsidenten und sich untereinander Besuche abgestattet. Ueber die Instruction, welche jedenfalls schon in den Händen des Präsidenten sein wird, hört man, daß sie der Commission sehr weitgehende Befugnisse in der von dem Ministerpräsidenten angeordneten Richtung einräumen soll, dagegen würde sie eigentliche Vorschläge für gesetzgeberische Reformen nicht zu machen haben, diese vielmehr erst, nachdem das Material von der Commission vorbereitet ist, von anderer

Instanz aus erfolgen." Der „Magbb. Ztg." wird über dieselbe Angelegenheit geschrieben: „In den Kreisen unserer Haute Finance ist man nach den uns gewordenen Mittheilungen durchaus damit einverstanden, daß die Special-Untersuchungscommission ihre Thätigkeit möglichst extensiv fasse, um so weit als irgend thunlich allen Schwindereien auf die Spur zu kommen, die bei den tausenderlei Finanzgeschäften der letzten zwei Jahre mituntergelaufen sind. Unsere Geschäftswelt kennt diejenigen Unternehmungen, die auf Humbug basieren, ganz genau und wünscht die gründlichste Enthüllung um ihres Creditwunsches halber, damit nicht das große Publicum zu der Vorstellung gelange, es sei auf dem Gebiete der Gründungen alles durch die Bank faul. Keine Annahme ist unbegründeter als diese."

Politische Uebersicht.

Laibach, 2. März.

Der „Ungarische Lloyd" bespricht die Stellung der ungarischen Parteien zur österreichischen Verfassungspartei, betont die angeblichen Forderungen Sennheys mit den Anhängern der Fundamentalartikel und sagt: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir jede Einmischung eines Mitgliedes der Partei in die cisleithanischen Angelegenheiten zu umgehen der Verfassungspartei für gleichbedeutend erachten müßten mit dem formellen Austritte aus der Deapartei — eine Auffassung, welche, wie wir glauben, von unseren politischen Collegen getheilt wird." — Wie „Reform" würden die Ferien des ung. Abgeordnetenhauses am 30. März beginnen und bis 21. April dauern, während welcher Zeit die Deputirten ihre Aufgaben erledigen sollen. Von Ende April bis Anfang Juni würde das ung. Unterhaus sein Amt wieder aufnehmen, und zwar die Steuergesetzentwürfe des 1874er Budget in Verhandlung ziehen.

Die preußische Regierung hat auf dem Gebiete des Eisenbahn-Concessionswesens noch bevor die Untersuchungscommission ihre Thätigkeit begonnen hatte, eine Reformmaßregel eingeführt. Schon seit Jahren die Mehrheit der Minister gegen gewesen sein soll, daß das Eisenbahn-Concessionswesen dem alleinigen Ermessen des Handelsministers überlassen sei, haben auf Antrag des Fürsten Bismarck die sämtlichen Minister, den Handelsminister mit eingeschlossen, zugunsten der Annahme des Grundgesetzes geeinigt, daß das Eisenbahn-Concessionswesen künftig Staatsministerial-Beschlüsse gebunden werde.

Die Nationalversammlung in Berlin ist am 27. v. M. in die Verathung des Gesetzentwurfs betreffs der Befugnisse der Gewalten ein, welche für dringlich erklärt ward. Der Minister Dufaure erklärte, daß die Regierung den liegenden Gesetzentwurf annehme. Es sprechen mehrere Redner, worunter Marquis de Castellane, welcher von der Nationalversammlung die Errichtung der constitutionellen Monarchie verlangt, und Haentjens, der einer Anzahl von Deputirten eine Erklärung verliest, worin sich dieselben für die unmittelbare Berufung des Volk aussprechen.

Im englischen Unterhause trat der Kriegsminister Cardwell abermals auf, um die Armee voranzuführen zu erläutern. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf

feuilleton.

Das vergrabene Testament.

Erzählung von Ed. Wagner.

(Fortsetzung.)

III.

Vater und Sohn.

Die Nacht war kalt und feucht hereingebrochen und ein starker Wind wehte, als Amos Hadd von Wilchester Towers herunterkam und durch die Allee der Straße zuschritt. Die Blätter fielen bei jedem Windstoß von den Bäumen und raschelten dann und wann, von einem Wirbelwind aufgerührt, in großen Massen an ihm vorüber. Der Himmel war mit schweren Wolken bedeckt, durch welche nur wenig matte Lichtstrahlen drangen, so daß die einzelnen Gegenstände der Landschaft nur in ihren äußersten Umrissen zu erkennen waren.

In der Mitte der Allee blieb der Administrator stehen und schaute zurück, indem ein triumphierendes Lächeln über sein Gesicht glitt und aus seinen Augen volle Befriedigung leuchtete.

„Endlich!" murmelte er, seine Arme über der Brust zusammenschlagend, „endlich stehe ich dicht vor dem Ziel, welches ich vierzig Jahre lang zu erreichen getrachtet habe! Ich kam als ein armer Jüngling an diesen Platz, abhängig von der Güte und dem Mitleid des letzten Barons; — in drei Monaten werde ich an seiner Stelle herrschen und sein Sohn Sir Archy wird der Abhängige sein. Das ist gut," rief er laut mit höhnischem Gelächter. „Das Regiment der stolzen Wilchesters ist seinem Ende nahe und das Regiment der Hadds nimmt seinen Anfang."

Wieder lachte er, aber in seiner stillen, geräusch-

losen Weise, die seine innere Befriedigung ausdrückte. Dann streiften seine Blicke gierig über die stattlichen Gebäude mit ihren großen, majestätischen Thürmen und ruhten lange auf dem alten „Grauen Thurm", in welchem ein Fenster matt erleuchtet war. Es war das Kammerfenster der alten, hundertjährigen Bettine, welche mit den Fledermäusen und Dohlen in dem verfallenen Thurm wohnte.

„Die alte Heye", sagte der Administrator verächtlich. „Wenn ich das Schloß übernommen habe, werde ich sie in das Arbeitshaus schicken, wohin sie schon vor fünfzig Jahren hätte gehen sollen. O, das wird hier große Veränderungen geben in den nächsten Monaten! Sir Archy kann mich noch nicht ergründen."

Bei diesen Worten drehte er sich um und setzte seinen Weg durch die Allee fort. Als er an das Thor kam, öffnete er dasselbe, ohne den Wächter zu wecken, mit einem Schlüssel, welchen er aus seiner Tasche zog, und schritt dann auf der Straße rasch seiner Wohnung zu.

Hier habe ich die längste Zeit gewohnt, dachte er, als er durch die schmale Thür in das Haus trat. Und wenn ich dieses Haus verlasse, lasse ich für immer jede Unterwürfigkeit hinter mir. Es kommt mir jetzt bei meinen angenehmen Ausflügen weniger unbehaglich vor als gewöhnlich.

Er legte in dem Vorsaal seinen Ueberrock ab und ordnete sein zerzaustes Haar, wobei er bemerkte, daß die Thür des Gesellschaftszimmers halb offen stand und daß ein heller Schein und eine angenehme Wärme aus demselben strömte. Dieses Zimmer war gewöhnlich verschlossen und auch kein weibliches Wesen im ganzen Haushalt hatte das Recht, sich darin aufzuhalten; der Administrator selbst zog es vor, seine Freistunden in dem kleinen Arbeitszimmer zu verbringen.

Ein Besuch, dachte Hadd. Es ist besser, ich gehe sogleich zu ihm und schaffe ihn wieder von hier fort.

Er ging nach der Thür, riß dieselbe auf und stand verwundert am Eingang stehen, als er die sorglos am Sopha vor dem Kamin ausgestreckte Gestalt eines jungen Mannes sah. Im nächsten Augenblick verlor sich sein Gesicht und freudig rief er aus:

„Jason! Ist es möglich? Ich erwartete dich morgen."

Er eilte vorwärts und streckte beide Hände zum Willkommen aus.

Sein Sohn stand auf und kam ihm entgegen, empfing aber die zärtlichen Begrüßungen seines Vaters als ob sie ihn ärgerten.

„Wie sehr du dich verändert hast in den Jahren deiner Abwesenheit!" rief der Administrator mit Bewunderung. „Du hast mich gut belohnt für all meine Ausgaben, welche ich deinetwegen gemacht habe."

Er betrachtete seinen Sohn ernst und aufmerksamer als eine der glücklichsten Augenblicke seines Lebens und seine Bewunderung wurde immer größer, nichts anziehendes, nichts vornehmeres in der Erscheinung des jungen Mannes war. Er war etwa einundzwanzig Jahre alt, groß und schlank, aber freilich sein Gesicht war bleich, sein Haar beinahe schachfärbt und die Spigen seines langen blonden Haares fielen auf die Schultern; seine Augen waren hell und aber sein Blick war nicht frei und offen. Er war weder gekleidet, Diamanten glänzten auf seiner Brust und werthvolle Ringe an den Fingern seiner beiden Hände. Es schien offenbar, als wolle er durch diesen Glanz erregen, was die Natur ihm an Wännlichkeit versagt hatte. Beim ersten Anblick hätte man ihn für einen Modenarren halten können, ein schärferer Blick aber jedoch mußte bald entdecken, daß er viel von seinem Vaters hartem abstoßenden Charakter geerbt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

14,416.400 R., was eine Verminderung und Ersparnis von 408.000 R. gegen das laufende Finanzjahr darstellt. Die Ersparnisse würden ein Bedeutendes größer sein, wenn nicht die Ausgaben unter manchen Posten durch die bedeutend erhöhten Preise für alle möglichen Bedürfnisse um 400.000 R. gewachsen wären.

Der „Times“ wird berichtet: „Italien, Oesterreich und wahrscheinlich die Mehrzahl der europäischen Mächte haben beschlossen, bis zu der Bildung einer geordneten Regierungsform, welche Italien dann sogleich anerkennen wird, mit der gegenwärtigen spanischen Regierung amtliche Beziehungen zu unterhalten. Rußland zeigt einige Abneigung gegen die Anerkennung der gegenwärtigen Verhältnisse in Spanien.“

Dem dänischen Reichstage wurden in neuester Zeit von den Kriegs- und Marineministern umfassende Vorschläge zur Kräftigung der Wehrmacht vorgelegt. Während das Landheer nicht gerade vermehrt, sondern nur schlagfertiger organisiert werden soll, will man die Flotte durch neue und mächtige Kriegsschiffe so bedeutend vermehrt wissen, daß sie im Verhältnisse zur Größe und Einwohnerzahl des Landes stärker würde als die Flotte irgend eines anderen Landes der Welt. Gleichzeitig will man durch Befestigungen Kopenhagen gegen ein Bombardement sichern, dann ebenso den Sund und die beiden Belte sperren. — Der betreffende Ausschuss des Volksthings empfiehlt einstimmig die skandinavische Münzconvention; die Annahme derselben seitens des dänischen Reichstages ist somit sehr wahrscheinlich.

Inbetreff der Laurionfrage wurde zwischen einem konstantinopeler Consortium und dem bisherigen Besitzer Serpieri ein vollständiges Arrangement abgeschlossen, wodurch ersteres die Laurionhalbinsel um zwölf ein halb Millionen Frs. erzieht. Hinter dem Consortium steht angeblich die griechische Regierung. In diplomatischen Kreisen betrachtet man dieses Arrangement als die engstgültige, alle Beteiligten befriedigende Lösung der Streitfrage.

Das Bagatelverfahren

nimmt in der Serie der Gesetze zur Reform des österreichischen Civilproceßes einen hervorragenden Platz ein. Wir wollen die Bestimmungen dieses Gesetzes recapitulieren:

Das Bagatelverfahren findet nur vor den Bezirksgerichten statt, in allen Fällen, wo der Streitgegenstand 25 fl. nicht übersteigt, auch wenn das Handelsgericht competent wäre. Nach den bisherigen Wahrnehmungen allen nahezu drei Viertel aller Civilstreitigkeiten in diese Kategorie. In Wien, Prag und Triest werden für vergleichenden Handelsstreitigkeiten Bagatelgerichte in Handelssachen eingeführt werden. Vor dem Bezirksrichter wird die Klage mündlich oder schriftlich angebracht, und an bestimmten Gerichtstagen können Parteien vor seinem Tribunale ihren Handel ganz einfach anzeigen, durchsprechen, durchstreiten und das Urtheil bekommen, und das alles in einem Zuge und wo möglich bei einer Tagung. Den Parteien steht es frei, persönlich zu erscheinen oder sich vertreten zu lassen. Der Bevollmächtigte braucht nicht eigenberechtigt zu sein; ja es können sich Ehemänner durch ihre Gattinnen vertreten lassen. Die Verhandlung ist bis zur Verkündung ihres Schlusses als ein Ganzes anzusehen; alles bis dahin Vorgebrachte ist rechtzeitig vorgebracht — die Eventualmaxime findet daher keine Anwendung; ebenso wenig aber ist der Richter willenslos an das Vorbringen der Parteien gebunden; im Gegentheile, er greift wesentlich in die Prozeßführung ein, leitet das Verfahren, ordnet die Beweisaufnahme an, faßt Beschlüsse, wogegen es keinen Recurs gibt, nimmt Zeugenvernehmung, Augenschein, Vergleichung der Handschriften vor, verfügt die Vernehmung der Parteien als Auskunftspersonen, bestimmt Schadenersatzsummen nach billigem Ermessen, übt die ständigen Grenzen und unabhängig in der Amtsführung. Keine Regel bindet ihn bei der Zulassung und Würdigung der Beweise. Den Rechtspruch macht er auf Grund der Gesamtergebnisse der Verhandlung. Freie Verhandlung, kräftig und eingreifend der richterliche Einfluß in der Prozeßführung, unbeengt das richterliche Ermessen in der Würdigung der Ergebnisse der Verhandlung, inappellabel der Richterspruch.

Da der Richter bloß unter der Controle der Öffentlichkeit steht, so hängt die ersprißliche Wirksamkeit des neuen Proceßgesetzes daher in erster Linie davon ab, daß das Richteramt nur in die Hände erfahrener und erprobter richterlicher Beamten gelegt werde. Zwei Klippen sind ferner zu vermeiden, die häufigen Tagungs-Erweiterungen, für welche der § 27 des Entwurfes durch Verurtheilung des schuldigen Theiles in die Kosten wirksamen Schutz geschaffen hat, und die Protokollierung der Verhandlungen, welche das Gesetz nicht gestattet, und zwar mit Recht. Denn durch die Protokollierung wird entleitet den Händen des Richters, das mündliche Verfahren entartet zu einem versteckt schriftlichen. Freilich ist ohne genaue schriftliche Aufzeichnung das Rechtsmittel der Appellation nicht anwendbar. Das ist aber nur der Jdd. nach ein Uebelstand und hat im praktischen Leben wenig Bedeutung; wird aber die genaue Protokollierung vor-

geschrieben, so ist der Geist des Bagatelverfahrens getödtet. Wir können daher nur billigen, daß wenn eine Wahl zu treffen war, das Verfüngerecht fallen gelassen worden ist. Für seine Erhaltung hätten wir den Geist des neuen Verfahrens zu opfern, und der Preis wäre doch zu hoch. Allen Werth legt endlich das Gesetz darauf, daß die Verhandlung unmittelbar vor jenem Bezirksrichter stattfindet, der das Urtheil schöpft, und daß, wenn der Schluß der Verhandlung ausgesprochen ist, sofort das Urtheil sammt Entscheidungsgründen verkündigt werde.

Die Beamtengehälterfrage

steht an der Tagesordnung. Der Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Regelung der Bezüge der activen Staatsbeamten und der in die Kategorie der Dienerschaft gehörigen activen Staatsdiener, ist bereits in Druck erschienen. Im allgemeinen Theile dieses Berichtes wird zunächst betont, daß im ganzen 23.455 Beamte mit einem Aufwande an Gehältern von 22.303.066 fl., 1379 Praktikanten mit einem Aufwande an Adjuten von 432.700 fl. und im Dienerschaftsstande 15.507 Personen mit einem Aufwande von 5.406.382 fl. bedienstet sind. Die Einteilung der Beamten in die ihren bisherigen Diätenklassen entsprechenden Rangklassen vorausgesetzt, würde der Mehraufwand nach der Regierungsvorlage im Vergleich zu den bisherigen Bezügen betragen bei den Beamten an Gehältern: 3.224.234 fl., an Adjuten 184.700 Gulden, an Funktionszulagen 82.500 fl., an Activitätszulagen 5.859.700 fl., zusammen 9.351.184 fl.; und gegen das Ersparnis an den entfallenden Quartiergebern und Localzulagen von 1.100.838 fl., macht 8.250.346 fl., bei der Dienerschaft 1.351.595 fl., daher im ganzen 9.601.941 fl. Die Regierung beantragt eine Vermehrung der bisherigen Ausgaben für Beamte und Diener von nahezu 30% Percent.

Der Ausschuss ist bei seinen Vorschlägen von dem Principe ausgegangen, daß der Rang den Gehalt bestimmen müsse. Dem System der Funktions- und Activitätszulagen ist der Ausschuss beigetreten. Ebenso hat er sich dem Principe der Gehaltsstufen als dem relativ empfehlenswertheften angeschlossen. Die Gehalte selbst wurden nur in der untersten Klasse um je 100 fl. erhöht, dagegen in der IV. Klasse in den beiden ersten Abstufungen um je 200 und 100 fl. vermindert.

Die Ausschließung des gesammten Staatslehrpersonals sowie der Beamten der Bibliotheken und Universitäten von der Gehaltsregulierung fand der Ausschuss nur theilweise für begründet. Was nämlich die Gehalte der Professoren an den Mittelschulen und Lehrer-Bildungsanstalten betrifft, so hat der Ausschuss die dringenden Gründe für eine theilweise Verbesserung derselben anerkennen zu müssen geglaubt. Bei den Professoren an den letztgenannten Lehranstalten in Wien sowie in den Provinzial-Hauptstädten scheint es sich zunächst zu empfehlen, die mit den jüngsten Gehaltsgefehen normierten Localzulagen per 150 fl. einzuziehen und dagegen die Gehalte von 1000 fl. in Wien auf 1200 fl. und an den übrigen Orten von 800 fl. auf 1000 fl. abzurunden.

Was die Bibliotheks-Beamten anbelangt, so ist der Ausschuss davon, die Gleichstellung derselben mit den übrigen Beamten zu beantragen, wieder abgegangen. Andererseits glaubt der Ausschuss die Einbeziehung der Universitäts-Beamten befürworten zu sollen, da bezüglich dieser eine Verbesserung ihrer materiellen Lage in den letzten Jahren nicht stattgefunden hat.

Der Bericht sagt schließlich, daß inbetreff der Kategorie der Beamten der Ausschuss den Zeitpunkt, womit eine allgemeine, mit einem so bedeutenden Kostenaufwande verbundene Gehaltsregulierung eintritt, für geeignet hält, um die Regierung aufzufordern: in eine genaue Prüfung über die Nothwendigkeit des Fortbestandes der einzelnen Beamtenbranchen einzugehen, fernerhin Remunerationen nur dort zu bewilligen, wo dies durch besondere Leistungen gerechtfertigt ist, und die Verfassung einer die Rechte und Pflichten der Beamten umfassenden Dienstpragmatik in Angriff zu nehmen.

Tagesneuigkeiten.

— (Se. Exc. der k. k. Botschafter Graf Beust) kehrte am 22. v. M. nach London zurück, um seine diplomatischen Functionen wieder aufzunehmen.

— (Frä. Marie Berg,) die Darstellerin der Heldinnenrollen am gräzer Landestheater, hat sich, wie die „Tagespr.“ meldet, mit dem Grafen Adolar Christallnigg vermählt, nachdem sie tagzuvor in einer ihrer Glanzrollen als Marfa im „Demetrius“ von dem Publicum Abschied genommen, zu dessen erklärtesten Lieblingen sie durch eine lange Reihe von Jahren mit vollem Rechte zählte.

— (Das neue Actiengesetz) liegt, wie die „Groz. Ztg.“ erfährt, noch nicht dem Ministerrathe vor; es wurde neuerlich eine ministerielle Commission eingesetzt, welche den Gesetzentwurf nochmals gründlich durchzuerathen hat, bevor derselbe zur endgültigen Beschlussfassung an den Ministerrath gelangt.

— (Rettungskästen bei den Bahnzügen.) Das k. k. österr. Handelsministerium hat an sämtliche Eisenbahndirectionen einen Erlass gesendet, womit dieselben

angewiesen werden, im Interesse des reisenden Publicums jedem abgehenden Zuge einen wohleingerichteten Rettungskasten beizugeben, sowie ferner für die Unterweisung des Zugbegleitungs- und Stationspersonales in der Hülfsleistung bei vorkommenden Unfällen Sorge zu tragen.

— (Kaninchenzucht.) Ein Consortium hat in Stadl-Engersdorf nächst Wien ein Haus sammt dazu gehörigen Grundstücken um 42.000 fl. angekauft, um daselbst die Kaninchenzucht, gleichwie dies in Frankreich und Belgien der Fall ist, im großen zu betreiben und Wien in reichem Maße mit Kaninchenfleisch zu versorgen.

— (Cholera in Ungarn.) Während der ganzen Dauer der Epidemie sind in 879 zu 60 Jurisdictionen gehörigen Gemeinden von der 1,934.752 Seelen zählenden Bevölkerung 23.548 Personen erkrankt und hievon 13.612 genesen, 9364 gestorben und der Rest (572) noch in Behandlung.

Locales.

— (Die Generalversammlung des laibacher Turnvereins) am Samstag war rein geschäftlich. Die Versammlung drückte über Aufforderung des Vorsitzenden dem bisherigen langjährigen Sprechwart Dr. Emil Ritter v. Stöckl für seine mancherlei Verdienste um den Verein durch Erheben von den Sitzen den Dank aus, nahm den Rechenschafts- und den Kassenbericht entgegen, welcher letzterer ein ganz unerwartet günstiger war, und schritt hierauf zur Neuwahl des Turnrathes. Als gewählt erschienen: Sprechwart: D. Bamberg, Buchdrucker und Buchhändler, und Ritting, Buchdruckerei-Factor; Schriftwart: Prof. Pinhardt und Popper, Buchhalter; Säckelwart: Cantoni, Privat, und Presniz, Eparskassier; Turnwart: Lehrer Eppich und Mravlag, Handlungscommis; Zeugwart: Prof. Cpl; Kneipwart: J. Schulz, Buchhalter, und Tüll, Buchhändler.

— (Turnunterricht.) Eltern und Erzieher machen wir auf den am 3. März beginnenden Turnunterricht für Mädchen beim laibacher Turnverein unter Leitung seines Turnlehrers B. Schäfer aufmerksam. Daß das Turnen für Mädchen von großer erzieherlicher Bedeutung, ist längst erkannt, und ist es um so nothwendiger, als bei der jetzigen Erziehung des weiblichen Geschlechtes, wo eine Ueberhäufung geistiger Arbeiten nur mit weiblichen Handarbeiten abwechselt, ein Gegengewicht geschaffen werden muß, damit der Geist nicht auf Kosten des Körpers gebildet werde, denn nur in einem gesunden Körper vermag ein gesunder Geist zu wohnen. Da die Gymnastik der neueren Zeit es auch versteht, sich dem weiblichen Geschlecht in jeder Beziehung anzufügen, dürfen wir des Turnen allen Eltern, welchen eine naturgemäße Erziehung ihrer Töchter am Herzen liegt, empfehlen. Die Unterrichtsstunden finden zurzeit Montag und Freitag Nachmittag 5—6 Uhr in der Turnhalle des laibacher Turnvereins, Grabgasse Nr. 53, statt.

— (Staatsstipendien für Lehramts-Candidaten und Candidatinnen.) Aus dem vom k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht für Krain bewilligten Betrage von 6100 fl. erhielten Staatsstipendien die Lehramts-Candidaten: Leop. Fercher, Florian Rozman, Josef Travnar, Valentin Jovag des III. Jahrganges mit 150 fl.; — Mathias Bartelj, Barthelma Hofcar, Ludwig Fribar, Josef Krangel, Johann Kutnar, Andreas Pah, Johann Peitovsek, Anton Razinger, Simon Klar des III. Jahrganges, Edwin Blent, Leopold Hinner, Max Joanel, Andreas Kmet, Lorenz Reinar, Franz Ribnikar, Franz Seina, Stefan Tomšic des II. Jahrganges, Franz Bajec, Johann Bantan, Anton Gutnik, Franz Medic, Josef Pogacar, Josef Rozman, Franz Stoufer, Andreas Sest des I. Jahrganges mit 100 fl.; — Josef Hatel Paul Karl, Franz Koncilijs, Johann Jerovait des III. Jahrganges, Josef Cepuder, Franz Glavla, Franz Krusnik, Johann Ribnik des II. Jahrganges, Franz Medic und Leopold Smolic des I. Jahrganges mit 50 fl.; — dann die Lehramts-Candidatinnen: Maria Borovsk, Johanna Cref, Johanna Franzl, Emilie Guel, Amalie Klancar, Friederike Konsegg, Paula Moros, Amalie Regnard, Mathilde Schott, Marie Stuchly des 2. Jahrganges mit 100 fl.; Theresie Drosler, Friederike Ell, Marie Franzl, Rosalia Galle, Marie Hauffen, Sofie Hauffen, Josefina Jeros, Marie Pirnat, Helwig Scherz, Felicitas Thuma, Elise Triller, Marie Triller, Marie Wegner, Marie Zoric, Anna Zuzel des 2. Jahrganges, Antonie Arto, Franziska Arto, Anna Becel, Luzia Cigoj, Luzia Dolcher, Elise Blich, Franziska Gonsel, Emilie Koroschitz, Amalie Lenassi, Marie Malek, Viktorine Milek, Albine Müller, Auguste Preßl, Augustine Verbil, Marie Zalaznik des 1. Jahrganges mit 50 fl.

— (Beamtenkreisen) theilen wir mit, daß die Beamtengehälterfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus erledigt und die Gehalte der zehnten Rangklasse mit 900, 950 und 1000 fl. festgestellt wurden.

— (Zugverspätung.) Der wiener Postzug traf gestern anstatt nach 2 Uhr nachts erst nach 7 Uhr morgens, mithin nach fünfständiger Verspätung in Laibach ein. Die Ursache dieser Verspätung liegt in der Thatfache, daß zwischen den beiden von pittoresken Felsenwänden eingerahmten Stationen der Südbahn Sagor und Save von den Felsenabhängen sich ein großes Felsstück löste und auf das Bahngeleise herabwälzte, wodurch der Lauf des Zuges gehemmt, der Postamtswagen bedeutend beschädigt und eine Zugentgleisung herbeigeführt wurde. Ein Unglücksfall kam nicht vor.

— (Das erste Fastenconcert) in Ehrfelds Casino-Saal war sehr gut besucht; die Gäste waren in der heitersten Stimmung, der größte Theil der Musikpieten der Sachsen-Meinungen-Militärkapelle mußte repetiert werden. Die Gesellschaft trennte sich erst nach Mitternacht. Herr Ehrfeld wird die Fastenconcerte fortsetzen.

— (Die slovenische Bühne) bringt heute ein neues Drama, betitelt „Das Gelübde der Madonna“ von Joan Mahorčič zur Aufführung; diesem folgt die Reprise der Operette „Der erwachte Löwe.“

— (Der slovenische dramatische Verein) beabsichtigt dem Schriftsteller Valentin Mandelc ein Monument setzen zu lassen.

— (Selbstmordversuch.) Aus Neumarkt schreibt man uns: Der 79jährige Gewerksarbeiter Peter Miklauz hat sich hinter einer Schuppe nächst der Comunalstraße bei Neumarkt mit einem Rastmesser eine Hals- und eine große Bauchwunde beigebracht. Existenzsorgen waren die Ursache des versuchten Selbstmordes.

— (Pač & Predil) Die „N. fr. Pr.“ schreibt: „Angeregt durch einen Artikel des Abgeordneten Dr. Vidulich im „Citadino“, entwickelt sich in Triest eine Agitation, die dahingeht, daß gleichviel ob die Lader oder Predilbahn zur Ausführung gelangt, jedenfalls nur eine solche Combination genehmigt werde, welche der Stadt Triest eine von der Südbahn gänzlich unabhängige zweite Eisenbahnverbindung mit dem Hinterlande gewährt. Dies würde heißen, daß die Predilbahn, falls sie zur Annahme gelangen sollte, nicht bei Görz stehen bleiben, sondern von da parallel mit der Südbahn bis Triest weiter geführt, die Lader Bahn hingegen, falls man in letzter Stunde sich für diese entscheiden sollte, von Udine bis Vunadord über die Karawanken weiter geführt werden müsse, da beide nur in diesen Fällen eine wirklich selbständige und concurrenzfähige Verbindung der Rudolfsbahn mit Triest bewerkstelligen. Da wir für diese Forderung seit dem Ausbruch der Predil- und Lader Frage unablässig eingetreten sind, halten wir es für überflüssig, unseren Standpunkt diesbezüglich hier nochmals hervorzuheben.“

— (Zur Weltausstellung.) Die Südbahn trifft großartige Vorbereitungen, um während der Weltausstellung den Verkehrsansforderungen zu genügen. Vorläufig ist ein Fahrplan entworfen, wonach täglich hundertundvier Züge, und zwar 52 Züge von Wien ab und 52 Züge in der Richtung gegen Wien verkehren sollen, durch welche im Laufe des Sommers eine Personenzahl von vierzig Millionen befördert werden kann. In jenen Zügen sind die Eil-, Post- und Localzüge inbegriffen, ebenso die Vergnügungszüge, die bisher arrangiert worden, doch werden alle diese Kategorien vermehrt werden und insbesondere die Separat-Vergnügungszüge täglich verkehren.

— (Ziehung der Bierundsechziger Lose.) Serie 1597 Nr. 41 gewinnt den Haupttreffer, Serie 1130 Nr. 83 gewinnt den zweiten Treffer, Serie 3024 Nr. 34 den dritten Treffer, Serie 931 Nr. 70 den vierten Treffer. Sonstige gezogene Serien: 221, 733, 838, 3527.

— (Theaterbericht vom 1. d.) Die heutige Aufführung von Gounods „Faust“ können wir in die Serie der gelungenen nicht aufnehmen. Herr Kühn (Faust) hatte wohl einige recht günstige Momente, aber das Metall der Stimme versagte gerade bei den schönsten Stellen seinen Klang; die sonst reizenden Stellen liefen heute kalt und still ab. — Fräulein Gerdes war eine recht freundliche Erscheinung, sang mit sehr weichem und zartem Anschlag, jedoch trat Befangenheit allzu stark in den Vordergrund. Der schwierige Part der Margarethe verlangt langjährige Schule, große Stimmittel, tüchtiges Studium, sicheren und reinen Anschlag; kurz, Gounods Margarethe muß von der elektro-magnetischen Leitung des Lektorsstodes emancipiert — sicher und frei — dastehen. Herr Pollak war der Held des Abends; durch unermüdblichen Fleiß und ersten Willen schwang er sich in kurzer Zeit zum kolossalen Parte des Mephistopheles empor. Die Ausführung dieses schwierigen Partes war — mit Ausnahme der Serenade, die künstlerische Auffassung und poetischen Schwung fordert —

eine recht zufriedenstellende. Herr Pollak wurde mit wohlverdientem Beifall und wiederholten Hervorrufen belohnt.

— Herr Woloff's Valentin litt in der Sterbeszene überdies noch — unliebsamen Schiffbruch. — Fräulein Rosen war wieder ein superber Siebel; stürmischer Applaus und Hervorrufe wurden dem Fräulein zu Theil. — Frau Krosch's Marthe ist eine vortreffliche und erheiternde Leistung, die volle Anerkennung erlangt. — Chor und Orchester hielten sich tapfer. — Herr Kapellmeister Delin ließ am Dirigentenpulte alle Minen springen, um den Fluß der Oper nicht aufzuhalten. Das in allen Räumen besetzte Haus war heute ausnahmsweise sehr nachsichtig und beifallslustig; Fräulein Gerdes wurde beim Inszenetreten mit zwei Kranzspenden begrüßt und unzählige male unter Beifallssturm hervorgerufen. Möge die junge talentierte Sängerin auch in weiter Ferne und in späteren Jahren jener überaus freundlichen und beifälligen Aufnahme gedenken, die sie in Laibach erfahren. Wir wünschen dem Fräulein Gerdes eine große künstlerische Zukunft!

— (Theaterbericht vom 2. d.) Heute offerierte uns die deutsche Bühne eine ganz erschreckliche Vorstellung. In dem Drama „Die Herzogin von Praslin“ von J. A. Lang reichen Mord und Vergiftung einander die Hände; kalter Schauer zog über den Rücken der Zuschauer; aber Beifall errang das blutige Drama doch; als hervorragend müssen wir die Rollen des Charles Laure (Herr Röder), der Herzogin-Witwe Praslin (Frau Krosch), der Herzogin von Praslin (Fräulein Brambilla) und der Laura de Lucy (Fräulein Brand) bezeichnen. Das gut besetzte Haus nahm die Mord-, Vergiftungs- und Conductaustellungszenen beifällig auf.

— (Aus dem Amtsblatte.) Rundmachungen betreffend 1. die Rekrutenstellung in Krain pro 1873; 2. Verlosung der krainischen Grundentlastungsoptionen; 3. Befetzung einer Lehrstelle am Gymnasium in Rudolfswerth.

Eingefendet.

Constitutioneller Verein in Laibach.

Der Ausschuss beehrt sich hienit die Herren Vereinsmitglieder zur 45. Versammlung, welche heute Montag den 3. März 1873, abends halb 8 Uhr im Casino-Saal stattfindet, höflichst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Die Gemeinderatswahl.
2. Die Wahlen für die Handels- und Gewerbekammer.
3. Die Wahlreformvorlage der Regierung.

An den löblichen Magistrats-Vorstand hier.

Die wiener Blätter sind voll von Nachrichten über die Defraudationen bei den unter Verwaltung des Magistrats stehenden Kassen. Es wäre wohl eine schnelle authentische Darlegung das beste Mittel, um allen Uebertreibungen die Spitze abzubreaken, umsomehr als die Steuerzahler eine solche zu fordern berechtigt sind. Andersfalls könnte man selbst die ungeheuerlichsten wiener Meldungen für wahr halten.

Ein Steuerzahler.

Bescheidene Anfrage.

Warum bringt die „Laibacher Zeitung“ nicht eine Notiz über die vom hiesigen Steuereinnahmer unterschlagenen gerichtlichen Depositengelder? Will man mit dem Mantel der christlichen Liebe derlei großartige Defraudationsfälle zudecken und letztere der Deffentlichkeit vorenthalten?

Ein Abonnent.

Neueste Post.

Berlin, 1. März. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Generalpostdirector Stephan beabsichtigt ein Gesamtbild der deutschen Tagesliteratur bei der wiener Ausstellung zu geben und zu diesem Zwecke alle politischen und nicht-politischen Zeitungen und Journale ohne Unterschied in

eine Sammlung zu vereinigen. Im Interesse der Uebereinstimmung sind überall die Zeitungsnummern vom 22. März hiezu bestimmt.

Paris, 1. März. „L'Union“ von gestern veröffentlicht eine Proclamation Don Alfonso's, des Bruders von Don Carlos, an das spanische Heer, mit der Aufforderung, sich mit den Carlisten zu vereinigen, indem er allen Offizieren Rangserhöhung verspricht. Die Streitkräfte der Carlisten dürften sich auf 35 000 Mann belaufen.

London, 1. März. Die spanische Brigg „Manila“ stieß am 28. Februar im Hafen von Cadix mit einem französischen Schiffe zusammen und wurde in den Grund gebohrt. 92 Reisende sind bei diesem Anlasse verunglückt.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 1. März.

Papier-Rente 71.35. — Silber-Rente 74.25. — 1868 Staats-Anleihen 104.75. — Bank-Aktien 983. — Credit-Aktien 239.25. — London 109.10. — Silber 107.75. — R. T. Münz-Ducaten. — Napoleons'or 8.70.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 16 der Statuten und auf Grund der Beschlüsse vom 5. Mai und vom 19. Februar 1873: Banknoten-Umlauf 305,502,680 fl. 19. Februar 1873: Am Schlusse des Monats bar zu zahlende Forderung der Bank aus der commissionirten Verwaltung des Hypothek- und Anweisungsgeschäftes (§ 62 der Statuten) 546,621 Gulden. Verleihen 301,956,069 Gulden. Bedeutung: Metallschatz 142,574,746 fl. 97 kr. In Metallzahlbare Wechsel 4,748,638 fl. 83 kr., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 1,742,513 fl. Escompte 155,122 2/3 fl. Darlehen 26,784 4/10 fl. Eingelöste Coupons von Grundentlastungsoptionen 100,051 fl. 34 kr. 5,543,800 fl. eingeliefert und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe à 66 2/3 Percent 3,665,866 fl. 66 kr. Zusammen 335,148,482 fl. 33 kr.

Laibach, 1. März. Auf dem heutigen Markte erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 39 Str., Stroh 31 Str.), 24 Wagen und 2 Schafklaster mit Holz.

Durchschnittspreise.

	fl. kr.	fl. kr.		fl. kr.
Weizen pr. Metzen	6 10	7 22	Butter pr. Pfund	—
Korn	4 —	4 23	Eier pr. Stück	—
Gerste	3 20	3 33	Milch pr. Maß	—
Hafer	1 80	2 5	Rindfleisch pr. Pfd.	—
Kalbsfleisch	—	5 10	Kalbsfleisch	—
Heiden	3 30	3 51	Schweinefleisch	—
Girte	3 10	3 9	Schöpfenfleisch	—
Kulturny	3 60	3 68	Handel pr. Stück	—
Erdäpfel	1 90	—	Lauben	—
Linzen	5 40	—	Heu pr. Zentner	—
Erbsen	5 60	—	Stroh	—
Hirsolen	4 90	—	Holz, hart, pr. Rst.	—
Rindschmalz Pfd.	—	54	— weiches, 22	—
Schweinschmalz	—	40	Wein, roth, Eimer	—
Speck, frisch	—	30	— weißer	—
— geräuchert	—	42	—	—

Lottoziehung vom 1. März

Triest: 67 15 82 25 36.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Niederschlag
6 U. Mg.	724.91	+ 2.8	D. schwach	Regen
1. 2 „ N.	728.29	+ 6.4	SD. mäßig	trübe
10 „ Ab.	728.59	+ 3.4	SD. schwach	trübe
6 U. Mg.	726.97	— 0.8	Windstill	Nebel
2 „ N.	727.17	+ 6.8	ND. schwach	halbheiter
10 „ Ab.	730.58	+ 4.3	Windstill	f. ganz bew.

Den 1. anhaltend trübe. Den 2. milder Frühlingsschein. Abends zunehmende Bewölkung. Das vorgezogene gemittelte der Wärme + 2.6°, das gestrige + 1.5°; beziehungsweise um 2.6° und 1.5° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsebericht. Wien, 28. Februar. Die Börse begann sehr fest für alle Kategorien und setzte das Höchertreiben der Favoritpapiere fort. Bald aber trat Reaction ein, da sehr viele Fonds für Realisirungen vorlagen. Die Kurse wichen, theilweise unter gestrige Notierung. Schrankenwerthe blieben von diesen Vorgängen unbeeinflusst, und war besonders die Rente mit Mai-November-Scadenz zur um 1/2 pCt. erhöhten Notiz begehrt.

A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl.		Geld	Ware
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.			
in Noten verzinsl. Mai-November	71.35	71.45	
„ Silber „ Februar-August	71.10	71.25	
„ „ Jänner-Juli	74.20	74.30	
„ „ April-Oktober	74.10	74.30	
Anleihen v. 1839	319.—	321.—	
„ 1854 (4 pCt.) zu 250 fl.	98.—	99.—	
„ 1860 zu 500 fl.	105.—	105.25	
„ 1860 zu 100 fl.	122.—	123.—	
„ 1864 zu 100 fl.	148.50	149.—	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. W. in Silber	116.25	116.75	
B. Grundentlastungs-Obligationen für 100 fl.		Geld	Ware
Böhmen „ zu 5 pCt.	94.—	95.—	
Galizien „ „ 5 „	77.25	77.75	
Niederösterreich „ „ 5 „	94.—	95.—	
Oberösterreich „ „ 5 „	90.—	91.—	
Siebenbürgen „ „ 5 „	78.25	78.75	
Steiermark „ „ 5 „	90.—	91.—	
Ungarn „ „ 5 „	81.80	82.—	
C. Andere öffentliche Anleihen.		Geld	Ware
Donau-Regulierungs-Lose zu 5 pCt.	99.—	99.50	
Ung. Eisenbahnanleihen zu 120 fl. d. W. Silber zu 5 pCt. pr. Stück	102.50	102.75	
Ung. Prämienanleihen zu 100 fl. d. W. pr. Stück	102.30	102.70	

Wiener Communalanleihen, rückzahlbar 5 pCt. für 100 fl.		Geld	Ware
85.50	86.—		
D. Actien von Bankinstituten.		Geld	Ware
Anglo-östrerr. Bank	315.—	315.50	
Bankverein	388.—	390.—	
Bodencreditanstalt	290.—	292.—	
Creditanstalt für Handel u. Gew.	337.25	337.50	
Creditanstalt, allg. ungar.	189.—	190.—	
Depositenbank	123.—	124.—	
Escomptegesellschaft, n. ö.	1150.—	1160.—	
Francö-östrerr. Bank	130.—	130.50	
Handelsbank	309.50	310.—	
Nationalbank	985.—	986.—	
Unionbank	247.50	248.—	
Vereinsbank ex Bez. R.	213.—	213.50	
Verkehrsbank	229.50	230.50	
E. Actien von Transport-Unternehmungen.		Geld	Ware
Alsb.-Hummer-Bahn	173.50	174.—	
Böhm. Westbahn	—	—	
Karl-Ludwig-Bahn	229.—	229.25	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	666.—	669.—	
Elisabeth-Westbahn	245.—	245.50	
Elisabeth-Westbahn (Kinz. Bud. weiser Strecke)	—	—	
Herz.-Nordbahn	2270.—	2275.—	
Künstlichen-Bach-Bahn	187.—	188.—	

Franz-Joseph-Bahn		Geld	Ware
226.—	227.—		
Lemb.-Gern.-Jassy-Bahn	152.—	153.—	
Lloyd, östrerr.	583.—	585.—	
Defferr. Nordwestbahn	217.50	218.—	
Rudolfs-Bahn	170.—	171.—	
Siebenbürger-Bahn	176.—	177.—	
Staatsbahn	331.50	332.—	
Südbahn	189.—	189.50	
Südnordb. Verbindungsbahn	177.—	178.—	
Theiß-Bahn	242.—	243.—	
Ungarische Nordostbahn	154.50	155.—	
Ungarische Ostbahn	129.—	129.50	
Tramway	356.—	357.—	
F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		Geld	Ware
Allgem. östrerr. Bodencreditanstalt verlosbar zu 5% in Silber	100.—	100.50	
dto. in 33 J. rückz. zu 5%, in d. W.	88.—	88.50	
Nationalbank zu 5% d. W.	90.20	90.40	
Ung. Bodencreditanstalt zu 5 1/2%	86.—	86.50	
G. Prioritätsobligationen.		Geld	Ware
Elis.-Westb. in S. verz. (l. Em.)	92.50	93.—	
Herz.-Nordbahn in Silber verz.	102.—	102.50	
Krz.-Joz.-Bahn	100.50	101.—	
G. R. Ludm.-B. l. S. verz. l. Em.	101.50	102.—	
Defferr. Nordwestbahn	100.50	101.—	
Siebenb. Bahn in Silber verz.		Geld	Ware
Staatsb. 3% à 500 fr. „ l. Em.	129.—	129.50	
Südb.-B. 3% à 500 fr. pr. Stück	109.50	110.—	
Südb.-B. à 200 fl. zu 5% für 100 fl.	95.—	96.—	
Südb.-B. 6% (1870-74) à 500 fr. pr. Stück	78.25	78.75	
Ung. Ostbahn für 100 fl.	—	—	
H. Privatlose (per Stück)		Geld	Ware
Creditanstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. d. W.	188.75	189.25	
Rudolfs-Stiftung zu 10 fl.	15.25	15.50	
I. Wechsel (3 Monate)		Geld	Ware
Augsburg, für 100 fl. subd. W.	92.10	92.50	
Franff. a. M., für 100 fl. subd. W.	58.70	59.10	
Hamburg, für 100 Mark Banco	109.20	109.50	
London, für 10 Pfund Sterling	42.85	43.10	
Paris, für 100 Francs	—	—	
K. Curs der Geldsorten.		Geld	Ware
R. Münzducaten	5 fl. 15 kr.	5 fl. 16 kr.	
Napoleons'or	8 „ 70 „	8 „ 71 „	
Preuß. Kassenscheine	1 „ 62 1/2 „	1 „ 63 „	
Silber	108 „	108 „	
L. Krainische Grundentlastungs-Obligationen		Geld	Ware
Privatnotierung:	85.75	86.—	